

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 auf den vom 1. April an wöchentlich dreimal erscheinenden „Social-Demokrat“ bitten wir außerhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Abonnement-Expedituren bei Zeiten zu machen. Der Abonnements-Preis ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.)

Politischer Theil.

Berlin, 29. März.

In der Habsburg-Hohenzollern'schen Kriegs- und Friedensfrage deutet ein neuester Vorgang im hiesigen Pressbureau abermals auf eine Herabstimmung der kriegerischen Saiten. Die Correspondenz St.-A. schreibt nämlich:

Es sollte gestern, wie Mittwochs gewöhnlich, mit den Abendzügen die „Provincial Correspondenz“ versandt werden, nachdem der Inhalt derselben bereits die gewöhnliche Censur passiert hatte, und gutgebeissen worden und der Druck des geschmackvoll ausgestatteten — in der Form eines Limburger Käse erscheinenden — Blättchens beendet war. Pöblich gegen Mittag kam nun aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die bestimmte Weisung, vorläufig die Ausgabe so lange zu unterlassen, wie keine weitere Verfügung ergangen sei, und in jedem Falle sorgsam darauf zu achten, daß ja kein Exemplar auf irgend einem Schleichwege entkomme und in die Hände eines Literaten fallen möchte. Nach mehrern Stunden, gegen 4 Uhr, erfolgte dann der Befehl, die ganze Auflage sofort einzustampfen zu lassen. Ehe dies ausgeführt wurde, war indessen trotz alledem und zwar ausnahmsweise früh der Inhalt der „Prov.-Corresp.“ bereits an die „Kreuzzeitung“ gelangt, und es hatte ihn dieselbe aufgenommen. Da nun der Druck der letztern bereits beendet war, so konnte die Verbreitung der Artikel nicht mehr verhindert werden. An der Spitze des officiellen Organs befindet sich ein Artikel, „Oesterreichische Rüstungen“, der unter den obwaltenden Umständen an Bedeutung gewinnt. Derselbe constatirt zunächst, daß Oesterreich, ohne durch Preußen herausgefordert zu sein und trotz wiederholter Abneigungen rüste und zwar gegen Preußen in dem ausgedehntesten Umfange, wie dies nach amtlichen und zuverlässigen Quellen feststehe. Der Artikel fährt dann fort:

„Diesen Thatfachen — hat die preussische Regierung ihr Auge nicht verschließen können. Welcher Staat könnte es ruhig zusehen lassen, daß ein Nachbarstaat ohne ersichtlichen Grund bedeutende Truppenmassen in drohender Art unmittelbar an der Grenze vereinigte. Die Bedenklichkeit dieses Vorgehens ist noch gesteigert durch die Heimlichkeit, unter deren Schutz dasselbe ausgeführt worden ist. Preußen konnte sich an seinem Theile aller militärischen Maßregeln lange Zeit hindurch enthalten, weil unsere Regierung einverleibt an einen grundlosen Angriff von Seiten Oesterreichs nicht glauben mochte, weil andrerseits die jetzigen Einrichtungen unsres Heerwesens die Zuversicht gewähren, daß die einzelnen

Heeresabtheilungen dem Rufe des Königs, sobald es Noth thut, in kürzester Zeit entsprechen können.“ „So gerechtfertigt jedoch Preußens Zuversicht auf seine gute Sache und die Schlagfertigkeit seines Heeres ist, so muß doch die Regierung darüber wachen, daß die Grenzen des Landes auch nicht einen Augenblick unvertheidigt bleiben. Wenn es Oesterreich möglich gemacht würde, überwiegende Truppenmassen dicht an unserer Grenze zu vereinigen, ohne daß Preußen das erforderliche Gegengewicht sofort in Bereitschaft hätte, so könnte eine plötzliche weitere Verwicklung der Dinge möglicher Weise wenigstens augenblickliche Gefahren für die zunächst angelegten Landestheile bereiten. Diese Verantwortung darf die Regierung nicht auf sich nehmen. — Preußen hat sein gutes Gewissen bis zur Stunde sorglich gewahrt: es hat den Krieg nicht gesucht, noch herausgefordert — aber es muß in der Lage sein, allen Ereignissen ruhig entgegen zu sehen.“

Demnach hält man es mindestens für gerathen, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen.

Nach einem Wiener Telegramm der „Hamb. Nachr.“ wäre Seitens des englischen Ministers des Auswärtigen dem preussischen Votschafter in London eine erneute Friedensmahnung erteilt worden. Graf Bernstorff habe hierauf die Verantwortlichkeit für kriegerische Eventualitäten Oesterreich zugesprochen.

So friedlich jedoch im Grunde die beiden Kabinette, das österreichische wie das preussische, gesinnt sein mögen, so ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß sie sich auf alle Eventualitäten gefaßt machen und daß besonders Oesterreich Vorbereitungen trifft, vor Allem Geld zu bekommen sucht. So wird aus Paris telegraphirt:

Es wird versichert, daß die Bemühungen der Oesterreichischen Regierung, dieselbst eine neue Anleihe mit den Abnehmern der letzten zu Stande zu bringen, erfolgreich gewesen sind.

Die officiellen „Oesterr. Gen.-Corr.“ stellt jedoch jede derartige Absicht überhaupt in Abrede.

Ein Artikel der „Augsb. Allg. Ztg.“ sucht zwar zu beweisen, daß Oesterreich trotz seiner Geldnoth Krieg führen könne: — es brauche nämlich nur im feindlichen Lande Alles zu requiriren und Contributionen auszusprechen. Doch will das so gut wie nichts sagen, denn um im Feindes Land zu requiriren u. s. w. muß man erst im Feindes Land sein und die Eroberung preussischen Gebietes ist eben keine Sache, die sich von selbst versteht.

Der „Bank u. Handels-Ztg.“ wird von der böhmischen Grenze berichtet: „Seit dem letzten Donnerstag haben die sämtlichen österreichischen Regimentscommandanten eine versiegelte Ordre in Händen, die sie auf erfolgte einfache telegraphische Weisung — aber auch erst dann — sofort zu erbrechen und vollinhaltlich auszusprechen haben. Die Nachricht klingt etwas fabelhaft.“

Der ganze unnatürliche Schweb-Zustand zwischen Krieg und Frieden kann jedoch unmöglich von langer Dauer sein. Wird er nicht auf die eine oder andere Weise rasch beendet, so kann es nicht fehlen, daß das Ausland eine Entscheidung veranlaßt. Der „Augsb. Allg. Ztg.“ schreibt man in dieser Hinsicht aus Paris:

Europa kann nicht länger der sich wiederholenden Kriegsgefahr ausgesetzt bleiben. Schon die gegenwärtige Beunruhigung aller europäischen Interessen zeigt, daß das Schicksal der Elberzogthümer eine europäische Frage werden und an eine europäische Konferenz gelangen dürfte, wenn nämlich das österreichisch-preussische Condominium nicht fortbestehen und innerhalb des deutschen Bundesrechts eine definitive Lösung auf friedlichem Wege nicht erreicht werden kann. Es ist für die Westmächte noch nicht der Augenblick gekommen, einen bezüglichen Antrag zu stellen. Doch wird der Antrag von Frankreich gestellt werden, sobald sich der Bundestag als eine ungenügende Instanz bewährt und die Gefahr der Friedensstörung wieder eintritt.

Was den Bundestag betrifft, so kann Napoleon zählen, daß er ihm die Gelegenheit zur Intervention nicht benimmt.

Hier in Berlin finden fast täglich Minister-Conferenzen statt und der österreichische Gesandte unterhält mit Wien einen lebhaften Depesch-Verkehr. Couriere kommen und gehen.

Unterdessen ist, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, eine preussische Depesche an die bundesstaatlichen Kabinette abgegangen, welche sich mit der märchenhaften Bundes-Reform beschäftigt, während der Nationalverein in verschwiegene Nächten noch immer von der preussischen Spitze träumt und der sechsunddreißiger Auspruch Deutschlands Heil von einem Antrag beim Bunde erwartet.

Aber die Luft ist schwül, und wenn es zu gewittern anfängt, pflegen Blitze hernieder zu fahren, die oft selbst die höchsten Kirchthürme nicht verschonen.

Deutschland.

* Berlin, 29. März. [Eine treffende Definition der Fortschrittspartei] giebt die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“ deren Redacteur, der Ex-Revolutionär Herr Braß, durch eine Anspielung der „Vollstz.“ auf das Negativenthum in Harnisch gerathen zu sein scheint, und der nun in derselben Nummer seines Blattes dem „Organ für Jedermann“ eine derbe Lectio erteilt, in der, leider, viel Wahres liegt.

Er schreibt: Die Fortschrittspartei ist am 9. Juni 1861 fix und fertig, entweder wie Pallas Athene aus irgend einem olympischen Haupte, oder vermittelt einer genoratio aequivoca zur Welt gekommen, und ihre erste Lebensänderung war, sich selbst zu tödten. In ihrer Entstehung hat sie unverkennbar Aehnlichkeit mit einer Aftziengesellschaft: ein kleiner Kreis tritt zusammen, macht die Statuten, ernennt aus seiner Mitte die Directoren und bemüht sich, die Interimsseine unterzubringen. Auch in dem Zweck zeigt sie dieselbe Aehnlichkeit: die Fortschrittspartei ist gerichtet auf Erwerb, auf die Erwerbung von Regierungsgewalt. Der Actionär stimmt und trägt zu den Kosten bei, die Directoren besorgen das Geschäft. In Berlin domicilirt, stiftete die Gesellschaft in den Provinzen ihre Commandanten, und es ist nicht zu leugnen, daß es mit den Zeichnungen gut ging.

Wie sollte es auch nicht? Die Gesellschaftsklassen, vor welche im November 1848 die Frage getreten war, ob

fe in dem Kampf um die politische Gewalt etwas einzuwenden wollten, und die diese Frage verneint hatten, mußten es natürlich sehr acceptabel finden, als ihnen angeboten wurde, den damals verfehlten Zweck zu erreichen, durch einfache Agitation. Agitation kostet nur etwas Lunge, etwas Dinte und etwas Geld. Dinte und Lunge machen sich gleich selbst bezahlt, jene durch Abonnenten und Honorare, diese durch Verächtlichkeit; das Geld war bald wieder herauszuschlagen nach dem Siege. Agitation fördert Handel und Wandel nicht, macht die Börse nicht nervös. In den Manifesten der Fortschrittspartei aus der ersten Zeit herrscht eine gewisse commercienrätliche Vornehmigkeit. Es schimmerte das Bewußtsein durch, daß man „Quellen“ hatte und diplomatische Missionen unterhielt und auf den Eintritt in gewisse Salons rechnete (die sich noch immer nicht geöffnet haben). Man gab zu verstehen, daß die Minister eigentlich die Minister der Partei seien, und das so dreist, daß die Regierung Grand fand, sich durch den Erlass vom 16. Novbr. 1861 ausdrückte gegen jede Solidarität oder Uebereinstimmung zu verwarren. In Besprechungen, welches der Gründung des Nationalvereins vorhergegangen, soll, wie können es nicht verbergen, die Äußerung gefallen sein: wenn wieder eine Bewegung kommt, muß man die Sache in der Hand behalten und nicht an die rote Caprille fallen lassen. In dem Programm kommt das Wort Volk nur in der Verbindung und Bewaffung des Volkes vor; später wird der Ton etwas demokratischer, aber noch in den letzten Debatten, wo doch die große Pause für das Publikum draußen lebhaft geschlagen wurde, bezeichnete ein Redner seine Partei als die Vertreter des Bürgerthums, das da arbeite und denke. Den großen Anachronismus wollen wir dem gerbraten Redner nicht zutrauen, dabei an Siegesgedacht zu haben, der 1789 schrieb: „Was ist der dritte Stand? Nichts! Was sollte er sein? Alles!“ Er muß wohl an 1830 gedacht haben, was ein kleiner Anachronismus ist. Und so ist es in der That; aus einigem, nicht großen Zeitabstande betrachtet, wird die Fortschrittspartei deutlich erscheinen als eine Commandit-Gesellschaft auf Aktien zur Herstellung einer Julimonarchie mit Freihandel.

Gewiß eine nicht unzutreffende Definition. Gegen die „Volkzeitung“ gewendet, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem andern Artikel mit Bezugnahme auf den „Volkzeitung“-Artikel gegen die „Hintermänner“:

Die Vordermänner der Demokratie aber sind diejenigen, welche mit der Heuchelei der Sorge für das Volk, das Volk ausbeuten. Sie thun dies unter den verschiedensten Gestalten. Sie suchen die liberale Stimmung zu benutzen, um sich einträgliche Stellen als Direktoren industrieller Unternehmungen zu verschaffen, sie lassen sich von dem Nationalverein Jahresrenten, von dem Nationalfonds Unterstützungen geben („Verschämte Fortschrittsarme“), sie denken das Volk durch die Zeitungen aus, wie z. B. der Volkzeitungsbünder und seine literarische Dienerschaft, und diese Leute kann man allerdings nicht Renegaten nennen, denn sie bleiben konsequente Lumpen.

Der weiland Dichter der Barrikadenlieder schreibt eine kräftige Handschrift, für einen Officiösen etwas zu kräftig.

— [Ueber den Staatshaushalts-Stat] sagt die unterdrückte „Prov.-Corr.“:

Da auch in diesem Jahre eine Vereinbarung über den Staatshaushalt mit dem Landtage nicht stattgefunden hat, und bei dem Geiste, welcher die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beherrsicht, auch nicht in Aussicht genommen werden konnte, so ist die Staatsregie-

lung wiederum genöthigt, die Staatsverwaltung ohne ein eigentliches Etatsgesetz nach Pflicht und Gewissen und nach den Bedürfnissen des Landeswohls fortzuführen. Die Beratungen über die dabei zu befolgenden Grundsätze haben in voriger Woche im Staatsministerium stattgefunden. Wie im vergangenen Jahre, wird eine Nachweisung der zu erwartenden Staatseinnahmen und der zu leistenden Ausgaben auf Grund königlicher Ermächtigung als Richtschnur für die Verwaltung aufgestellt werden. Diese Nachweisung nebst dem darüber seitens des Staats-Ministeriums an Se. Majestät den König zu erstattenden Bericht dürfte ferner ebenso wie im vorigen Jahre durch den „Staats-Anzeiger“ zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Die Veröffentlichung ist in Kürze zu erwarten.

— [Die Untersuchung gegen Twesten betreffend] versichert die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß eine Nachricht des „Frankfurter Journals“, dahingehend, daß das Kammer-Gericht in der Untersuchungsache wider den Stadtgerichtsrath Twesten die Einleitung der Untersuchung abgelehnt und der Ober-Staatsanwalt deshalb eine erneute Beschwerde an das Obertribunal gerichtet habe, auf Erfindung beruht. Die „Volkzeitung“ bemerkt dazu: „So viel uns bekannt, hat das Kammergericht die Untersuchung nicht einzuleiten, sondern nur die Einleitung durch das Stadtgericht anzuordnen, und es ist nur mitgetheilt worden, daß es diese Anordnung abgelehnt habe. Da man bei officiösen Dementis sich streng an den Wortlaut halten muß, so machen wir darauf aufmerksam.“

— [Untersuchung gegen den Abg. von Kirchmann.] Der „Publicist“ schreibt: „Gegen den Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts in Ratibor, Abg. von Kirchmann, ist beim königlichen Obertribunal eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, wegen seines Vortrages im Berliner Arbeiter-Berein über sociale Hülfen für den Arbeiterstand durch Verminderung von Geburten. Es scheint, daß man die Tendenz des Vortrages für eine unethische, den richterlichen Stand des Vortragenden compromittirende hält.“

— [Preussische Pres.-Schicksale.] Verurtheilt wurde am 26. d. M. zu Königsberg von dem Opreussischen Tribunal der frühere Redacteur der „Königsberger Hart. Ztg.“ Dr. v. Hasenkamp, wegen eines in dieser Zeitung am 1. August v. J. enthaltenen Artikels über das Kölner Abgeordnetenfest, der Schmähung einer Anordnung der Obrigkeit und Beleidigung des Oberbürgermeisters. Dasselbe enthalten soll, zu vier Wochen Gefängniß, ein Strafmaß, das bereits in erster Instanz ausgesprochen worden war. Verurtheilt wurde ferner gleichzeitig und vor demselben Gerichtshof Dr. v. Hasenkamp und der Literat A. Klein zu Danzig. Wegen einer in der „Hartung'schen Ztg.“ im Juli v. J. enthaltenen Korrespondenz aus Danzig über eine Versammlung des Vereins der Liberalen im Schägenbause, als deren Verfasser Hr. A. Klein festgestellt wurde, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Verfasser des Artikels und gegen den Redacteur der Zeitung (v. Hasenkamp). Dr. K. wurde in erster Instanz zu zwei, Dr. v. H. zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Das Opre. Tribunal änderte das erste Urtheil dahin ab, daß es die Angeklagten von der Majestätsbeleidigung freispricht, dagegen wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft, Verhöhnung einer Anordnung der Obrigkeit (der Thronrede), sowie der Beleidigung des Minister-

präsidenten, gegen Herrn Klein auf Gwöhnliche, gegen Hr. v. Hasenkamp auf zweimonatliche Gefängnißstrafe erkannte. — Eine neue Untersuchung ist zu Magdeburg eingeleitet gegen den Redacteur der „Magd. Presse“, Hg. Hoppe, wegen eines, einer anderen Zeitung entnommenen Artikels, der von den komischen Vorgängen berichtet, unter denen in einem Bezirksverein in Berlin die Namen der Obertribunalsräthe aufgehängt sind, welche bei dem Beschluß über den Art. 84 am 29. Januar die Mehrheit bildeten. — Constatirt wurde in Spandau: der „Anzeiger für Haveland“ wegen Abdruck des Aufsatzes zu Sammlungen für den Nationalfonds. — Freigesprochen wurde in zweiter Instanz zu Düsseldorf die „Rheinische Ztg.“, deren Redacteur wegen eines angeblich den Gouverneur v. Manteuffel beleidigenden Artikels in erster Instanz zu 2 Ebr. Geldbuße verurtheilt worden war. Den Verleger, der beklagt war, den Verfasser nicht bei der ersten Vernehmung genannt zu haben, hatte bereits das Gericht erster Instanz freigesprochen; die Appellkammer sprach beide Angeklagte frei.

Köln, 28. März. [In der gestrigen Bürgerversammlung,] welche von etwa 300 Personen besucht war, führte der Abgeordnete, Stadtrath Roggen den Vorsitz. Nach langen Debatten wurde eine umfangreiche Erklärung, welche Classen-Kappellmann motivirte, angenommen. Die Hauptpunkte dieser Erklärung sind: Der Friede soll erhalten, ein deutsches Parlament, welches aus freien Volkswahlen hervorgegangen, soll berufen werden und über Schleswig-Holstein, nach Anhören der Bevölkerung, entscheiden.

* Wien, 28. März. [Habsburg-Hohenzollern'sches.] Dem „Frankf. Journ.“ wird von hier telegraphirt: Die Wiener „Debatte“ bestätigt wiederholt die Existenz des kaiserlichen Handschreibens an den König von Preußen, welches im freundlichsten Tone gehalten sei; das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ sei eine Mystification.

München, 24. März. [Socialgesetzgebung. Italienischer Handelsvertrag.] Man sieht auf die ersten Tage des Mai der Einberufung des Socialgesetzgebungs-ausschusses entgegen. Im Ministerium des Innern wird an der Vorbereitung der betreffenden Entwürfe rasillos gearbeitet, und täglich finden Sitzungen statt, in welchen die Referenten v. Schubert, Kar und Kiehl gemeinschaftlich beraten. Es wird nur noch kurze Zeit währen, bis das ganze Werk dem Staatsrath vorgelegt werden kann. Man hört, daß die betreffenden Entwürfe in dem Geiste verfaßt sind, welcher erwarten läßt, daß der Ausschuß sich mit der ihm zu bringenden Vorlage leicht wird verständigen können. — Der mit Italien abgeschlossene Handelsvertrag wird heute im Regierungsblatt publicirt.

Kassel, 27. März. [Kurhessisches.] Der Kurfürst ist wieder gesund. Man erblickt darin Anzeichen eines beabsichtigten Staatsstreichs.

Anslaud.

* Paris, 27. März. [Tagesbericht: Die „France“ über Frankreichs Politik. „Constitutionnel“ über Krieg und Frieden. Das „Journal des Debats“ über den Habs-

Jeuilleton.

Der Bundschuh. *)

Roth aufsteigt's an des Himmels Rand,
Wie von des Eisemeers kaltem Ende
Ein Nordlicht! — sieh, wie Blut und Brand
Durchföhrt's des Horizonts Wände;
Wie einer Riesensabne Flug,
Umjöhrt von tausend Geißelriemen,
Nimmt's durch die Hö'n den Schreckenszug
Und zeichnet sich mit tiefen Striemen.

*) Aus J. G. Fischer's „Neue Gedichte. Stuttgart. Cotta's Verlag.“

Bundschuh nannte man eine Art großer Schuhe, die, bis an die Knöchel reichend, mit Riemen zugebunden und von den Bauern getragen wurden. Er war in den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts das Kriegs- und Wehrzeichen der Bauern, weshalb man auch die einzelnen Aufstände während der ganzen Bewegung mit diesem Namen belegte. Anm. d. Red.

Im Thurne dort, was rüttelt so?
Mit Grauen schau'n empor die Wachen;
's ist ein Gefang'ner auf dem Stroch,
Der durch die Nacht beginnt zu lachen:
„Ha, ziehst du, der Vergeßung Gott,
Einher auf einer Trümmerstätte?
Und wird das Lügenwerk zu Spott,
Das mich geschlagen in die Kette? —“

„Der „Bundschuh“ nah' sich! horch, ein Meer,
Auffährt er dräuend seine Bozen,
Wie das Verderben dunstelschwer
Am sichern Himmel kommt gezogen,
Er hat um Recht so lange schon,
Er schrie mit Thränen um Erbörung;
Man wies ihn ab mit Spott und Hohn —
Doch seine Antwort heißt Zerörung.“

„Und wo sein Weg vorüberzieht,
Da giebt's ein blutig Angebinde,
Und jeder Glühliche entfliehet,
Es graust der Mutter und dem Kinde;
Die Armuth nur, das Elend föhrt
Empor aus seinen Hungerklammern,
An ihn, der gleiche Rache nährt,
An seinen Retter sich zu klammern.“

„Man glaubte längst den Alten todt,
Man glaubte seinen Geist beschworen;
Sein überlebend Weib, die Noth,
Hat tausendfach ihn neu geboren,
Einmal verstämmelt und zerhan'n,
Hat zehnmahl aus sein Stamm geschlagen,
Und wucherisch nach allen Sau'n
Zahllosen Samen ausgetragen.“

„Ost ging ich seinen Höhlen nach,
Zu hören, wenn er nächtlich wachte,
Wie er zu Weib und Kindern sprach
Und seines Glends grüßlich lachte,
Ich war sein treuer Kamerad,
Half Wurzeln graben, Aehren lesen,
Und was er litt und was er that,
Ich kenn's und bin dabei gewesen.“

„Ich bin zum Amt mit ihm geeift,
Und hab' das Wort für ihn genommen,
Es wurden Acker ausgetheilt, —
Der Bundschuh ist zu spät gekommen,
Und herzerlöschend fiel er ein:
Im Hungerbühl krieg' ich den meinen,
Du deinen Theil am Bettelrain
Und in der Fehlbald' Jeder einen.“